

## Diskussion

### Sparmangel, Akkumulationsfinanzierung und Außenhandel

#### Eine Bemerkung zu Hemmers „40 Jahre Entwicklungstheorie und -politik“

Von Heinz-Peter Spahn

Der Umstand, daß die ökonomische Theorie der Marktwirtschaft auch 200 Jahre nach ihren Anfängen bei Adam Smith den wenig entwickelten Ländern in der Weltwirtschaft noch immer keinen Weg zu mehr Wohlstand weisen kann, hat bislang vor allem in der nicht-wissenschaftlichen Öffentlichkeit wohl nicht gerade zur Stärkung der Reputation der Volkswirtschaftslehre beigetragen. Denn es ist ja keineswegs so, daß theoretisch weitgehend akzeptierte Konzepte vorlägen, diese aber von uneinsichtigen Politikern und egoistischen Machteliten in der Dritten Welt nicht in die Tat umgesetzt würden. Hemmers (1990) Beitrag in dieser Zeitschrift weist vielmehr nachdrücklich darauf hin, daß unabhängig von allfälligen Umsetzungshindernissen in der Praxis die ökonomische Profession selbst uneins in der theoretischen Analyse ist, vielleicht weil sich tiefgehende Kontroversen beim Verständnis kapitalistischer *Entwicklung* eben auch beim Problem der *Unterentwicklung* zeigen.

Es geht an dieser Stelle denn auch gar nicht direkt um eine Kritik des wertvollen Surveys von Hemmer – zumal der Kritiker keineswegs mit der Fachkompetenz eines Entwicklungsökonomens ausgestattet ist; vielmehr möchte ich einen Aspekt der Debatte herausgreifen, der im Grunde generell auf die Aktualität eines alten makroökonomischen Streitpunktes verweist. Da Hemmer auf eine subjektive Bewertung der von ihm vorgestellten Theoriesätze weitgehend verzichtet – was für einen Überblicksartikel sicherlich ein sinnvolles Vorgehen darstellen mag –, läßt sich der möglicherweise entstehende Eindruck einer gegen *ihn* gerichteten Kritik allerdings nicht vermeiden.

Die Frage, woran Unterentwicklung zweckmäßigerweise zu messen ist, soll hier nur gestreift werden. Das Pro-Kopf-Einkommen (PKE) ist trotz vielfacher Einwände eine zunächst sicherlich als sinnvoll erscheinende Maßgröße. Allerdings sind Fehlurteile im Hinblick auf die Entwicklungsdynamik eines Landes hierbei nicht auszuschließen, wenn die Bevölkerungs-

zahl als Bezugsgröße verwendet wird (S. 508). Denn damit könnte eine auf die *Beschäftigten* bezogene hohe Produktivität verdeckt bleiben, die unabhängig von der Existenz mittelfristig bestehender Arbeitslosigkeit auf eine sich entwickelnde Wirtschaftsstärke hindeuten könnte. Gerade auf die Rolle der Arbeitslosigkeit im Entwicklungsprozeß wird weiter unten noch zurückzukommen sein.

Ohne Zweifel läßt sich Unterentwicklung im Kern auf eine unzureichende Kapitalbildung zurückführen. Dabei besteht *Hemmer* zufolge ein entwicklungsökonomisches Grundproblem „in der unzureichenden Fähigkeit, die zur Finanzierung der Kapitalakkumulation benötigten Ersparnisse aufzubringen. Eine Ersparnisbildung kommt nur zustande, wenn das PKE über dem zur Sicherung des Existenzminimums benötigten Beitrag liegt“. Wenn diese Bedingung nicht erfüllt ist, „können keine Investitionen finanziert werden“ und ein sich reproduzierender Kapitalmangel behindert die wirtschaftliche Entwicklung (S. 517). An anderer Stelle bezeichnet er die „Abhängigkeit der Kapitalakkumulation von der Ersparnisbildung“ zwar nur als eine These (S. 545); sie wird jedoch nirgends als solche diskutiert und durchzieht seinen Beitrag wie ein roter Faden.

Diese Redeweise ist nun deshalb zumindest mißverständlich, weil nicht deutlich wird, ob mit der „Ersparnisbildung“ nun der güterwirtschaftliche Konsumverzicht oder ein finanzwirtschaftliches Kreditangebot gemeint ist. Diese Doppeldeutigkeit des „Sparens“ hat in der Theoriegeschichte eine lange Tradition.<sup>1</sup> Beide Aspekte treten nun auch keineswegs erst in einer Situation des makroökonomischen Ungleichgewichts auseinander, so daß man in einer langfristig angelegten, von kurzfristigen Störungen abstrahierenden Analyse von dem unterschiedlichen ökonomischen Gehalt beider Sparbegriffe absehen könnte.

Als *Konsumverzicht* fällt die Ersparnis *uno actu* mit der Investition (wie auch mit Exporten oder Staatsausgaben) an. Der Konsumverzicht ist auch nicht notwendigerweise die Folge eines „Angebots“ sparwilliger Haushalte; er ergibt sich vielmehr zwangsläufig als saldenmechanischer Reflex, wenn andere Kreislaufakteure Ressourcen zu Nicht-Konsum-Zwecken verwenden. Wenn also Unternehmen ihre Investitionsausgaben erhöhen, so ist bereits das diesem Güterwert entsprechende Einkommen gespart, eben weil diese Güter zum Konsum nicht mehr zur Verfügung stehen.

Für diese Aneignung von Ressourcen benötigt ein Investor *Geld*, aber keine Ersparnis i. S. eines güterwirtschaftlichen Konsumverzichts der Haus-

---

<sup>1</sup> „Owing to the ambiguous nature of the word capital there is a tendency to confuse the supply of finance with the supply of savings“ (*Robinson* [1979], 14). In ähnlicher Weise hat *Schumpeter* (1934), 167 ff., 196 ff., betont, daß der Begriff der „Kapitalbildung“ in der Geschichte der Volkswirtschaftslehre zu folgenschweren Mißverständnissen Anlaß gegeben hat.

halte. Finanziert wird die Investition i. d. R. durch Kredit. Auch ein Bankkredit setzt wiederum keine Ersparnis der Haushalte voraus; es handelt sich vielmehr um eine gütermäßig prinzipiell neutrale, d. h. weitgehend kostenlose Schaffung eines zweiseitigen Schuldverhältnisses, indem die Bank dem Kreditnehmer eine Forderung auf Zentralbankgeld einräumt und dieser sich zur Rückerstattung von Zentralbankgeld verpflichtet. Die Geldtheorie spricht hier treffenderweise von der Kreditschöpfung der Banken. Ihr Aktivgeschäft steht im Zentrum, während das davon unabhängig betriebene Passivgeschäft der Sicherung der Liquidität dient – und dabei ist es der Bank im Prinzip gleichgültig, ob eingeworbene Einlagen des Publikums „echte“ Ersparnisse oder „nur“ eine Form der Haltung von Transaktionskasse darstellen. Die von *Hemmer* skizzierte Vermittlerfunktion des Banksystems, „potentielle Ersparnisse zu aktivieren und den kreditsuchenden Investoren zur Verfügung zu stellen“ (S. 523), suggeriert wiederum einen gerichteten Prozeß von Ersparnissen zu Investitionen und gibt kein adäquates Bild von den Finanzierungsvorgängen in einer Geldwirtschaft.

In diesem Zusammenhang ist dann auch die Redeweise problematisch, daß benötigte Ersparnisse zwar „vorliegen“, aber nicht immer in produktive Investitionen „umgewandelt“ werden (S. 521). Inhaltlich trifft es natürlich für viele Entwicklungsländer zu, daß auch unproduktive Staatsausgaben Güter dem privaten Verbrauch entziehen und somit ein öffentlicher Luxuskonsum privaten Konsumverzicht erzwingt. Aber streng genommen können Ersparnisse als Stromgröße niemals „vorliegen“, ohne daß eine (möglicherweise auch unproduktive) „Verwendung“ besteht (es sei denn, die Ausdrucksweise stellt auf einen Bestand an Finanzvermögen ab – aber dieser hat nun direkt nichts mit dem Konsumverzicht der laufenden Periode zu tun).

*Hemmers* Feststellung, nicht produktiv „umgewandelte“ Ersparnisse führten „unter kreislauftheoretischem Aspekt zwar zu einer Vermögens-, nicht aber zu einer Kapitalbildung“ (S. 521), ist nicht korrekt: Gerade in kreislauftheoretischer Sicht impliziert ein zusätzlicher Konsumverzicht auf Seiten der Haushalte für sich genommen entweder einen ungeplanten Lageraufbau oder Einkommensverluste auf Seiten der Unternehmen. Im ersten Fall hat sehr wohl eine reale Kapitalbildung stattgefunden, die aber als unfreiwillige Lagerinvestition nicht von Dauer sein und eine Produktions- und Einkommenseinschränkung nach sich ziehen wird. Im zweiten Fall steht einer Geldvermögensbildung der Haushalte ein Abbau der Unternehmensgeldvermögen bzw. eine Zunahme ihrer Verschuldung gegenüber, so daß volkswirtschaftlich wiederum keine Vermögensbildung erfolgt ist.

Die mangelnde Unterscheidung zwischen Konsumverzicht und Finanzierung im Sparbegriff führt weiterhin zu der bei *Hemmer* naheliegenden, makroökonomisch jedoch höchst problematischen Forderung, den postu-



lierten „Sparmangel“, insoweit er auf einer unzureichenden Sparbereitschaft beruhe, durch einen höheren Realzins zu beheben (S. 519).<sup>2</sup> Übersehen wird dabei offenbar, daß ein höherer Realzins im Investitionskalkül für sich genommen negativ zu Buche schlägt. Gesamtwirtschaftlich dürften damit die Investitionen – und damit auch die Ersparnis als ihr buchhalterischer Gegenposten in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – eher sinken, unabhängig davon, ob die einzelnen Haushalte sich zu einem höheren Konsumverzicht entschließen. Die zurückliegende Hochzinsphase der 80er Jahre wurde von der Dritten Welt wohl zurecht als nicht gerade förderlich für ihre wirtschaftliche Entwicklung erachtet.

Wenn aber nun die Finanzierung der Investition im eigentlichen Sinne direkt nichts mit der Ersparnis zu tun hat, wie wird dann – insbesondere in einem noch armen Land – der zum Akkumulationsprozeß korrespondierende Konsumverzicht erbracht? Wenn die Haushalte parallel zur (kreditfinanzierten) Investition nicht freiwillig ihren Verbrauch einschränken, erfolgt die Zwangsparsparnis über eine Preissteigerung, d.h. Reallohnsenkung. *Hemmers* Argument der mangelnden Sparfähigkeit (s.o.) besagt dann in diesem Kontext, daß bei niedrigen Einkommen eine derartige Reallohnsenkung nicht möglich sei, weil damit das durchschnittliche Existenzminimum unterschritten wird.

Aber diese Unmöglichkeit ist – so hart dies klingen mag – nur moralisch bindend, kurz- und mittelfristig nicht einmal biologisch zwingend. Die klassische Ökonomie, die hier bei *Hemmers* These implizit Pate steht, hat mit ihrer Erklärung der Lohnhöhe durch ein wie auch immer bestimmtes Existenzminimum eine falsche Fährte gelegt. Weder haben die Arbeiter im Frühkapitalismus mit ihren Ersparnissen die Investitionen „finanziert“ noch hat die Durchsetzung der Akkumulation zeitweilig vor einer Reproduktionsschranke beim Reallohn Halt gemacht. Das ökonomisch erzwungene, individuell selbstzerstörerische Arbeitsangebotsverhalten der Arbeiterhaushalte einschließlich der Exzesse der Kinderarbeit spricht eine ganz andere Sprache.

Die Wirtschaftsgeschichte zeigt insoweit, daß die Kapitalakkumulation durch eine anfänglich geringe Produktivität, die nur sehr niedrige Reallöhne ermöglicht, nicht notwendigerweise verhindert wird. Der Minderkonsum wird durch den Güterentzugseffekt der Investition erzwungen, auch wenn dies zu unter dem Subsistenzniveau liegenden Reallöhnen führt. Dabei ist zu beachten, daß sich eine absolute Untergrenze der Reallöhne reproduktionstheoretisch kaum exakt feststellen läßt. Zudem hat sich das Industriesystem vor dem Hintergrund eines zunächst noch großen Sektors der Eigen-

<sup>2</sup> Auch die „Kieler Schule“ plädierte dafür, in einer Stagnationsphase die Kapitalbildung durch hohe Realzinsen „anzuregen“ (vgl. *Giersch* [1982], 4).

arbeit entwickelt. Lohnarbeiter kehrten zeitweilig in die Subsistenzwirtschaft zurück, wenn der Industrielohn zum Überleben nicht ausreichte. Vor allem aber wurden die Logik und der praktische Fortgang der Kapitalakkumulation durch das Verhungern eines Teils des ohnehin überschüssigen Arbeitspotentials kaum gestört.

Zusammenfassend ist somit festzuhalten, daß die Redeweise von der Ersparnisbildung als Quelle der Kapitalakkumulation (S. 518) theoretische Zweideutigkeiten aufweist, die These eines aus einem unzureichenden „realen“ Sparangebot resultierenden Kapitalmangel daher fragwürdig ist und auch als faktische Entwicklungsbremse wohl überbetont wird. Dagegen bleibt die aktive Rolle der monetären Finanzierung im Entwicklungsprozeß unterbelichtet (vgl. dazu *Hankel* [1989]).

*Hemmer* bringt nun aber auch die Nachfrageseite ins Spiel und verweist auf das Problem einer zu schwachen Kapitalnachfrage, wenn und weil eine Investition für die Unternehmen angesichts eng begrenzt eingeschätzter Absatzmärkte als wenig lohnend erscheint. Dem in diesem Zusammenhang erwähnten Argument, die Produktivität sei oft zu gering, um große Märkte zu erobern (S. 517, 521), könnte man mit *Smith* entgegenhalten, daß umgekehrt gerade erst die Markterweiterung die Quelle des Produktivitätsfortschritts ist.<sup>3</sup>

Wichtiger ist an dieser Stelle jedoch die Betrachtung der Rolle des Außenhandels. *Hemmer* wirft hier zunächst die provokante Frage auf, warum sich ein Entwicklungsland überhaupt am Welthandel beteiligen solle und konzentriert seine Antwort in erster Linie auf die mikroökonomischen Argumente der realen Außenwirtschaftstheorie, die u.a. auf unterschiedliche Faktorausstattungen der am internationalen Handel beteiligten Länder Bezug nehmen (S. 529f.). Die daraus ableitbare Forderung, die Entwicklungsländer „sollten sich auf die Produktion und den Export arbeits- und rohstoffintensiver Güter spezialisieren und kapital- und technologieintensive Erzeugnisse entsprechend importieren“ (S. 530), sei allerdings zu sehr am Gesichtspunkt der statischen Effizienz orientiert. *Hemmer* erwähnt denn auch makroökonomische, positive Effekte eines hohen Exportwachstums (Multiplikatorprozesse, Erhöhung der Ersparnis im Inland); gleichwohl sei aber eine generelle Einschätzung der Bedeutung des Außenhandels für die Entwicklung nicht möglich (S. 532).

Dieses Urteil erscheint nun angesichts des Musters *erfolgreicher* Entwicklungsprozesse in einzelnen Ländern als zu defensiv. Der Aufstieg Japans und der südostasiatischen Schwellenländer oder auch das „Wirtschaftswunder“ in der Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkrieg waren (und

---

<sup>3</sup> „Die Arbeitsteilung hängt von der Größe des Marktes ab“ (*Smith* [1923], 22).

sind) ganz wesentlich auf permanenten Exportüberschüssen gegründet. Dies illustriert die Schwäche einer verbreiteten Vorstellung, arme bzw. sich entwickelnde Länder seien aus gleichsam strukturellen Gründen zu einem Leistungsbilanzdefizit gezwungen, das sein Pendant in einem Nettokapitalimport findet; dieser kann dann wiederum als Beitrag zur Lösung des Kapitalaufbringungsproblems interpretiert werden, indem ausländische Entwicklungshilfe den inländischen Sparmangel vermindert.

Das Beispiel der erfolgreichen Entwicklungsprozesse lehrt demgegenüber, daß arme Länder nicht primär ein Kapitalaufbringungsproblem auf dem Wege des freiwilligen Konsumverzichts oder der Auslandshilfe zu lösen, sondern direkt Exporte und Investition zu stimulieren haben.<sup>4</sup> Die Ersparnis ergibt sich dabei als saldenmechanischer Reflex aus dem Kreislaufzusammenhang:  $S = I + Ex - Im$ .<sup>5</sup> Zur makroökonomischen Absicherung einer „export-led development“ bedarf es einerseits einer stabilitätsorientierten Geldpolitik, die über ihre Wirkung auf das nationale Preisniveau die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produktion fördert.

Notwendig erscheint jedoch ebenfalls ein „merkantilistischer“ Protektionismus zum Schutz des sich entwickelnden Exportsektors. So wurde in der Bundesrepublik zunächst eine selektive Zollpolitik praktiziert, die Fertigprodukte vom Inlandsmarkt fernhielt und somit Preisanreize für die Produktion technologisch fortschrittlicher Welthandelsgüter setzte.<sup>6</sup> Vermutlich von größerer Wirkung war noch eine gezielte Unterbewertung der Währung, die einerseits auf preislichem Wege den Exportsektor begünstigte und andererseits über die Akkumulation von Reserven (im Verein mit der Preisstabilität im Inland) der nationalen Währung den Weg zu Konvertibilität und Kontraktfähigkeit öffnete.

Damit scheint der Schlüssel zur wirtschaftlichen Entwicklung gerade im Aufbau und der Absicherung einer Überschussposition im internationalen Handel zu liegen. Daß das oben geschilderte Muster erfolgreicher Entwicklung innerhalb der entwicklungsökonomischen Fachdiskussion – nimmt man den Beitrag *Hemmers* als Beleg – eher am Rande steht, mag nun vielleicht auch daran liegen, daß die skizzierte Entwicklungsstrategie mit der Betonung von monetärer Stabilität und Protektionismus, der aktiven Rolle des Kreditangebots und der passiven Rolle des freiwilligen Konsumverzichts auf recht heterogenen Elementen beruht und sich somit einer

<sup>4</sup> Vgl. *Riese* (1986), 170 ff.

<sup>5</sup> Sie bestand im Fall der Bundesrepublik in den 50er Jahren nicht zuletzt in unverteilten Unternehmensgewinnen, während der Beitrag der Haushalte zur Gesamtersparnis nur 26% ausmachte (vgl. *Deutsche Bundesbank* [1983]).

<sup>6</sup> Vgl. *Jerchow* (1979).



umstandslosen theoretischen „Einordnung“ in die üblichen neoklassischen oder keynesianischen Schubladen der ökonomischen Dogmengeschichte entzieht.

### Literatur

- Deutsche Bundesbank* (1983), Revidierte Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungs- und Geldvermögensrechnung für die Jahre 1950 bis 1959. Frankfurt.
- Giersch, H.* (1982), Ausbruch aus der Stagnation – Chancen für neue Arbeitsplätze, in: ders. / *Wolter, F.*, Risiken und Chancen der künftigen Wirtschaftsentwicklung. Kiel.
- Hankel, W.* (1989), Kapitalmärkte und Finanzinstitutionen im Entwicklungsprozeß, in: *Körner, H.* (Hrsg.), Zur Analyse von Institutionen im Entwicklungsprozeß und in der internationalen Zusammenarbeit. Schriften des Vereins für Socialpolitik 186.
- Hemmer, H.-R.* (1990), 40 Jahre Entwicklungstheorie und -politik – Ein Rückblick aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 110, 505 – 570.
- Jerchow, F.* (1979), Außenhandel im Widerstreit – Die Bundesrepublik auf dem Weg in das GATT 1949 – 51, in: *Winkler, H. A.* (Hrsg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945 – 1953. Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5.
- Riese, H.* (1986), Entwicklungsstrategie und ökonomische Theorie – Anmerkungen zu einem vernachlässigten Thema, in: *Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 4: Entwicklungsländer und Weltmarkt.* Frankfurt / New York.
- Robinson, J.* (1979), *The Generalisation of the General Theory* (1952). London / Basingstoke.
- Schumpeter, J. A.* (1934), *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* (1911). Berlin.
- Smith, A.* (1923), *Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes* (4. Aufl. 1786). Band 1. Jena.